

3600.107 Nationales Informations- und Reservationssystem
«Swissline»
Festhalten

Antrag Hari

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

705 Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail
Proposition de la commission

3600.107 Système national d'information et de réservation
«Swissline»
Maintenir

Proposition Hari

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Jaeger, Berichterstatter: Ich gebe Ihnen die Entscheidungen des Ständerates bekannt.

Der Ständerat ist zur Position «Investitionshilfe für Berggebiete» auf unseren Kompromissvorschlag eingetreten und hat diesem diskussionslos zugestimmt.

Damit verbleibt noch eine letzte Differenz zur Position 3600.107 «Swissline». Auch dort hat der Ständerat einen kleinen Fortschritt gemacht – ich würde sogar sagen: einen deutlichen Fortschritt. Im Gegensatz zu gestern hat er nicht mehr mit 25 zu 6, sondern nur noch mit 19 zu 14 Stimmen an diesem Betrag festhalten wollen.

Ihre Kommission hat heute morgen mit 13 zu 1 Stimmen beschlossen, Ihnen vorzuschlagen, an unserem Kürzungs- bzw. Streichungsantrag festzuhalten. Ich möchte das nicht mehr lange begründen, ich möchte nur sagen, dass Ihre Kommission nicht pingelig, nicht kleinkariert sein möchte; wir wissen, es geht «nur» um 3,5 Millionen Franken, aber Ihre Kommission ist überzeugt, dass es zugleich um ein Prinzip geht, um einen Grundsatz: darum, dass der, der am meisten, am längsten, am unermüdlichsten lobbyiert, am Schluss doch noch die Siegespalme davonträgt; wir wollen nicht länger auf die Hintergründe dieser Sache eingehen.

Wir beantragen Ihnen, der Kommission, deren Entscheid klar ausfiel, zuzustimmen und den Kürzungs- bzw. Streichungsantrag anzunehmen.

M. Darbellay, rapporteur: Effectivement, le Conseil des Etats nous renvoie le budget avec une divergence encore, celle sur la «Swissline». Comme vient de vous le dire le président de la commission, l'argumentation est connue. Elle a été développée hier assez largement. Nous remarquons simplement que le Conseil des Etats avait décidé d'abord par 25 voix contre 6, puis par 19 voix contre 14 de maintenir. La commission du Conseil national a décidé par 13 voix contre une de maintenir sa position et, au nom de la commission, je vous invite à en faire de même.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

84 Stimmen

Für den Antrag Hari

41 Stimmen

Bundesbeschluss I über den Voranschlag für das Jahr 1992

Arrêté fédéral I concernant le budget pour l'année 1992

Art. 1 Abs. 1

Antrag der Kommission

Festhalten

Art. 1 al. 1

Proposition de la commission

Maintenir

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

90.225

**Parlamentarische Initiative
(Hubacher)**

Rüstungsreferendum

Initiative parlementaire

(Hubacher)

Référendum en matière d'armement

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Wortlaut der Initiative vom 8. Februar 1990

Artikel 89 Absatz 2 der Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Abs. 2

Bundesgesetze, allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse und einfache Bundesbeschlüsse, die Verpflichtungskredite über die Beschaffung von Kriegsmaterial, über militärische Bauten, über Landerwerbe oder über Forschungs-, Entwicklungs- und Versuchsprogramme des Eidgenössischen Militärdepartements beinhalten, sind dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen, wenn es von 50 000 stimmberechtigten Schweizer Bürgern oder von acht Kantonen verlangt wird.

Texte de l'initiative du 8 février 1990

L'article 89, 2e alinéa, de la Constitution fédérale, est modifié comme il suit:

Al. 2

Les lois fédérales, les arrêtés fédéraux de portée générale et les arrêtés fédéraux simples prévoyant des crédits d'engagement pour l'acquisition de matériel de guerre, les constructions militaires, l'acquisition de terrains ou pour les programmes de recherche, de développement ou d'essais du Département militaire fédéral doivent être soumis à l'adoption ou au rejet du peuple lorsque la demande en est faite par 50 000 citoyens actifs ou par huit cantons.

Herr **Blocher** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Begründung des Initianten

Das Anliegen, das ich mit der parlamentarischen Initiative vortrage, war schon Inhalt einer Volksinitiative. 1987 ist darüber abgestimmt worden, und es gab eine überraschend hohe Zahl von 40,6 Prozent Ja-Stimmen. Ich möchte diese Abstimmung in den Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Wandel in der Beziehung zur Armee, zur Landesverteidigung und zur Sicherheitspolitik stellen. Ich erinnere an Rothen-thurm, «Schweiz ohne Armee» und die neue Initiative «Neuchel-Anschwilen, 40 Waffenplätze sind genug».

Schon 1987 haben wir darauf hingewiesen, dass die Rüstungsausgaben vor das Volk zu bringen sind, was seinerzeit, 1954, auch vom Bundesrat befürwortet wurde. Das ist insofern bezeichnend, weil der Bundesrat nach dem Ausscheiden des SP-Bundesrates Max Weber 1953 eine rein bürgerliche Regierung war. Der Bundesrat hat damals in einer Botschaft über den Stellenwert von Finanzbeschlüssen im allgemeinen Rahmen des Bundeshaushaltes folgende Meinung vertreten: «Daneben und besonders in unsicheren Zeiten und unter ausserordentlichen Verhältnissen sind Finanzbeschlüsse von grosser politischer und finanzieller Tragweite zu fassen. Wir erinnern vorab an das Rüstungsprogramm. Hier hat die Einführung des Finanzreferendums ihren guten Sinn, wird damit doch die Verantwortung für Vorlagen, welche den Finanzbedarf des Staates nachhaltig beeinflussen, dem Volk übertragen.» Der Bundesrat hat also eigentlich über den Weg des Finanzreferendums das Mitspracherecht des Volkes über Rüstungsausgaben befürwortet; dies 1954 in einer etwas hektischen Zeit, als Stichwort Koreakrieg.

Warum erlauben wir uns, nach einer relativ kurzen Zeit einen zweiten Anlauf zu nehmen? Das hat seinen berechtigten Sinn. Einmal ist das Datum 26. November 1989 irgendwo an die Wand geschrieben. Dieser Entscheid, der zwar für die Initianten negativ verlaufen ist, legte den Wandel der vor allem jüngeren Generation, die in kurzer Zeit die Mehrheit der Stimmen stellen wird, dar. Wir meinen, mit «Armee 95», mit technokratischen Reformen, ist dem Malaise, das im Bereich Armee und Militärpolitik besteht, nicht beizukommen.

Ausserdem haben wir im Zusammenhang mit den EWR-Verhandlungen oder den allfälligen EG-Beitrittsverhandlungen unserem Volk keinen Qualitätsverlust an demokratischen Rechten zuzumuten – mit einem gewissen Souveränitätsverlust ist auch ein Abbau an Volksrechten in einem bestimmten Bereich verbunden. Es könnte deshalb auch einmal eine Gegenrichtung gefahren werden, dass, gerade bei den Rüstungsausgaben und der heikler gewordenen Situation, wie diese Militärausgaben beurteilt werden, ein neues Volksrecht geschaffen wird. Es sei denn, die Schweiz würde der EG voll beitreten inklusive der politischen europäischen Union, die eine eigene Sicherheitspolitik verfolgt. Folglich würden die nationalen Armeen abgeschafft.

Wir sehen vorläufig in unserem Vorschlag eine kleine Chance, dass man nicht nur Rechte verlieren, sondern auch gewähren könnte.

Schliesslich denken wir, dass von der Sache her in der heutigen Situation das Parlament über die Bücher gehen und ein Zeichen setzen sollte, wie es die Friedens- und Sicherheitspolitik weiterführen will, um der erheblichen Minderheit vom 26. November 1989 Rechnung zu tragen. Das könnte mit dem Rüstungsreferendum der Fall sein.

Erwägungen der Kommission

Die Kommission hat am 6. November 1990 den Initianten angehört und die Initiative eingehend beraten. Mit 15 zu 6 Stimmen beschloss die Kommission, dem Nationalrat den Antrag zu stellen, der Initiative sei keine Folge zu geben. Die Begründung für diesen Antrag ist folgende: Eine Volksinitiative mit gleichem Inhalt wurde in den Jahren 1986 und 1987 vom Parlament und von Volk und Ständen verworfen.

In der Volksabstimmung ergaben sich 59,4 Prozent Neinstimmen, 18 Kantone und 5 Halbkantone verworfen die Volksinitiative. Folgende Gründe wurden damals in den Abstimmungserläuterungen gegen die Initiative vorgebracht:

«Es ist nicht sinnvoll, einen einzigen Teilbereich aus der Finanzhoheit des Parlaments herauszuberechnen und dem Referendum zu unterstellen. Wenn schon mehr Demokratie, so müsste eine umfassende Neugestaltung der Volksrechte im Sinne eines allgemeinen Finanzreferendums geprüft werden. Ein solches Referendum wurde aber in einer Abstimmung 1956 abgelehnt, und auch die Abklärungen im Zusammenhang mit der Totalrevision der Bundesverfassung führten zum Ergebnis, dass die abschliessende Finanzhoheit des Parlaments beibehalten werden sollte

Heute ist das Parlament für Rüstungsausgaben zuständig, so wie es über alle andern Ausgaben des Bundes entscheidet Kein anderes Parlament übernimmt auch nur annähernd so viel direkte Verantwortung für Rüstungsvorhaben wie unsere demokratisch gewählten Volksvertreter

Wie die übrige Bundesverwaltung unternimmt auch das Militär grosse Sparanstrengungen. Seit den sechziger Jahren sind die Militärausgaben weniger gewachsen als die gesamten Bundesausgaben. Auch wenn die Rüstung immer grössere Investitionen verursacht und die Militärausgaben zunehmen, ist ihr Anteil am Bundeshaushalt ständig zurückgegangen

Die Beschaffung des Rüstungsmaterials und die Errichtung der militärischen Bauten sind daher Bestandteile einer langfristigen Planung. Wenn ein bestimmtes Projekt abgelehnt wird, so trifft das nicht nur diese Vorlage, sondern wirkt sich unter Umständen auf die gesamte Konzeption der Rüstungsbeschaffung aus.»

Die Mehrheit der Kommission betrachtet diese Gründe auch heute noch als ausschlaggebend. Auch ein allgemeines Finanzreferendum ist nach Auffassung der Kommissionsmehrheit abzulehnen.

M. Blocher présente au nom de la commission le rapport écrit suivant:

Développement de l'auteur de l'initiative

La demande formulée dans mon initiative parlementaire a déjà fait l'objet d'une initiative populaire. La votation a eu lieu en 1987; le pourcentage élevé des «oui» – 40,6 pour cent – a constitué une surprise. Je désire placer cette votation en relation avec les changements apparus au sein de la société, à l'égard de l'armée, de la défense nationale et de la politique de sécurité. Il suffit de rappeler Rothenthurm, l'initiative «Pour une Suisse sans armée» et plus récemment l'initiative intitulée «Neuchâten-Anschwilien, 40 places d'armes, ça suffit!».

Nous avons fait remarquer en 1987 que les dépenses en armement doivent être soumises à l'approbation du peuple, comme le Conseil fédéral l'avait d'ailleurs préconisé en 1954. Cela est d'autant plus remarquable qu'après le départ du conseiller fédéral socialiste Max Weber, en 1953, le Conseil fédéral était entièrement bourgeois. Le gouvernement écrivait à l'époque, dans un message sur la valeur des arrêtés financiers dans le cadre général du budget, que des décisions d'une grande portée politique et financière devaient être prises notamment en période d'insécurité et dans des situations extraordinaires. Il faisait allusion au programme d'armement: il serait judicieux, déclarait-il, d'introduire le référendum en matière financière, puisque la responsabilité des projets qui influencent considérablement les finances de l'Etat serait ainsi donnée au peuple. Le Conseil fédéral avait donc en fait préconisé de faire participer le peuple aux décisions concernant les dépenses d'armement par le biais du référendum financier, et ce à une époque assez troublée (1954), je me contenterai de mentionner la guerre de Corée.

Pourquoi nous permettons-nous de faire une nouvelle tentative si peu de temps après la première? Il y a de bonnes raisons à cela. D'abord, nous ne pouvons pas oublier la date du 26 novembre 1989. La décision prise ce jour-là, bien qu'elle ait été négative pour les auteurs de l'initiative, reflète cependant le changement d'attitude de la jeune génération notamment, de cette génération qui formera bientôt la majorité de l'électorat.

Nous estimons qu'il n'est pas possible d'éliminer le malaise existant en matière de l'armée et de la politique militaire par le projet «Armée 95» et des réformes technocratiques.

En outre, nous devons imposer à notre peuple un appauvrissement des droits démocratiques dans le cadre des négociations sur l'EEE ou, le cas échéant, de négociations sur l'adhésion à la CE – il faut compter avec une certaine perte de souveraineté liée à un démantèlement des droits populaires dans un certain domaine. Aussi pourrait-on aller dans un sens contraire, précisément en créant un nouveau droit populaire en matière de dépenses d'armement, compte tenu des critiques dont les dépenses militaires font désormais l'objet. La situation serait certes différente si la Suisse adhérerait entièrement à la CE, y compris à une union politique européenne ayant sa propre politique de sécurité. Dans ce cas, les armées nationales seraient supprimées.

A notre avis, notre proposition donne une petite chance de garantir des droits, alors qu'on risque surtout d'en perdre. Enfin, nous estimons, quant au fond, que le Parlement devrait actuellement donner une preuve de son souci de tenir compte, dans sa politique de paix et de sécurité, de la volonté exprimée le 26 novembre 1989 par une importante minorité du peuple. Il pourrait le faire par le référendum en matière d'armement.

Considérations de la commission

Le 6 novembre 1990, la commission a entendu l'auteur de l'initiative et a examiné celle-ci attentivement. Par 15 voix contre 6, elle a décidé de proposer au Conseil national de ne pas donner de suite à cette intervention. Elle fait valoir les arguments suivants: une initiative populaire de même teneur a été rejetée en 1986 et 1987 par le Parlement, le peuple et les cantons. Lors de la votation populaire, le projet a été repoussé par 59,4 pour cent de non et par 18 cantons et 5 demi-cantons. A ce moment-là, les arguments suivants avaient été avancés, dans les explications du Conseil fédéral, contre l'initiative:

«Il est illogique d'isoler un secteur parmi ceux soumis à la souveraineté du Parlement fédéral en matière de dépenses et de soumettre ce seul secteur au référendum. Si l'on tenait vraiment à élargir les droits démocratiques, il faudrait étudier un réaménagement général des droits populaires et l'institution d'un référendum financier général. Or, un tel droit a été rejeté lors d'une votation populaire, en 1956. Par ailleurs, les consultations en rapport avec la révision totale de la Constitution fédérale ont montré qu'on souhaite maintenir la souveraineté financière de l'Assemblée fédérale.

L'Assemblée fédérale est actuellement compétente pour les dépenses militaires comme pour toutes les autres dépenses de la Confédération. Aucun autre parlement n'assume une responsabilité aussi directe en matière de projets militaires que ne le font nos députés démocratiquement élus.

Comme les autres domaines de l'administration fédérale, le secteur militaire fait de gros efforts d'économie. Depuis les années soixante, les dépenses militaires ont crû moins fortement que les autres dépenses de la Confédération. Même si l'armement exige des investissements de plus en plus importants et si les dépenses militaires augmentent en valeur absolue, la part du budget fédéral qu'ils représentent n'a cessé de diminuer.

L'acquisition de matériel d'armement et la construction d'ouvrages militaires font partie intégrante d'une planification à long terme. Le refus d'un projet déterminé ne touche donc pas seulement ce projet; il peut aussi se répercuter sur la conception globale de l'acquisition d'armement.»

La majorité de la commission considère que ces arguments demeurent déterminants et qu'un référendum général en matière financière doit également être rejeté.

Antrag der Kommission

Mehrheit

Der Initiative keine Folge geben

Minderheit

(Aguet, Bäumlin Ursula, Braunschweig, Jaeger, Leutenegger Oberholzer, Pitteloud, Rechsteiner)

Der Initiative Folge geben

Proposition de la commission

Majorité

Ne pas donner suite à l'initiative

Minorité

(Aguet, Bäumlin Ursula, Braunschweig, Jaeger, Leutenegger Oberholzer, Pitteloud, Rechsteiner)

Donner suite à l'initiative

90.234

Parlamentarische Initiative (Rechsteiner)

Rüstungsmoratorium

Initiative parlementaire (Rechsteiner)

Moratoire en matière d'armement

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Wortlaut der Initiative vom 23. März 1990

Es sei ein Bundesbeschluss zu erlassen, der ein Moratorium für Rüstungsbeschaffungen, für militärische Bauten und Land-erwerbe sowie für militärische Forschung und Entwicklung für die Dauer von mindestens fünf Jahren vorsieht. Das Moratorium soll sich auch auf bereits bewilligte Kredite beziehen, von denen noch kein Gebrauch gemacht worden ist. Vom Moratorium ausgenommen sein sollen Kredite für Reparaturen, Unterhalt und bescheidene Erneuerungen, die zum Schutz der Dienstpflichtigen und der Bevölkerung nötig sind.

Texte de l'initiative du 23 mars 1990

Il convient d'édicter un arrêté fédéral prévoyant un moratoire d'au moins cinq ans pour les achats d'armements, les constructions et acquisitions de terrains militaires ainsi que la recherche-développement dans le domaine militaire. Ce moratoire devra aussi porter sur des crédits déjà octroyés, mais non encore utilisés. Ne seront pas concernés les crédits destinés à des réparations, travaux d'entretien et projets de rénovation restreints nécessaires à la sécurité des personnes astreintes au service militaire et à celle de la population.

Herr **Blocher** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Begründung des Initianten

Die Initiative für ein Rüstungsmoratorium geht von der veränderten sicherheitspolitischen Lage in Europa aus. Diese wird geprägt durch den Zerfall des Warschauer Paktes, der jeweils für die Schweiz als die Bedrohung angesehen wurde. Bedingt durch diese Entwicklung hat sich die strategische Lage völlig verschoben, noch bevor die Verhandlungen über die konventionelle Abrüstung in Europa beendet wurden.

Bis nächsten Juni sollen die sowjetischen Truppen, 123 000 Mann stark, aus Ungarn und der CSSR abziehen. In der UdSSR selbst werden allein in diesem Jahr 300 000 Soldaten ins zivile Leben entlassen. Kommt hinzu, dass die grösste Armee des Warschauer Paktes nach der sowjetischen, die DDR-Volksarmee, nicht mehr existiert. Die Truppen der UdSSR in der ehemaligen DDR werden bis spätestens 1994 abziehen. Die oberste Limite für die Streitkräfte des vereinigten Deutschlands liegt bei 370 000 Mann gegenüber heute noch 490 000 Soldaten. Entsprechend, wenn auch nicht in demselben Umfang, werden die Nato-Truppen reduziert, und die USA planen Rückzüge von Soldaten aus Europa.

In der Folge wurden in den meisten europäischen Ländern Reduktionen des Verteidigungsbudgets eingeleitet. Das hat schon 1988/1989 begonnen, als bei uns noch massiv aufgerüstet wurde, und diese Entwicklung hat sich 1990/1991 noch beschleunigt.

Leider ist die Schweiz bisher von diesem Trend kaum erfasst worden. Das Schweizer Militärbudget hat kontinuierlich zugenommen. Insbesondere hat es einen massiven Anstieg der Militärausgaben in dieser Legislaturperiode, seit 1987, gegeben. Zwischen 1987 und 1990/1991 hat das reine Militärbudget die 5-Milliarden-Grenze übersprungen und ist bis auf 6 Milliarden Franken geklettert. Dieser Ausbauschritt 1988 bis 1991 bedeutet ein eigentliches Aufrüstungsprogramm in der Grössenordnung von rund 11 Milliarden Franken.

Wichtig ist, dass man, als diese Erhöhung der Ausgaben beschlossen wurde, noch von einer ganz anderen sicherheitspolitischen Lage ausging, als wie sie heute in Europa besteht. Man ging z. B. davon aus, dass ein militärischer Angriff auf die Schweiz mit immer kürzeren Vorwarnzeiten passieren könnte und man sich im Hinblick darauf bewaffnen müsste. Heute muss allgemein zuerkannt werden, dass dieses Szenario so nicht stimmt und die Grundlagen für den Ausbauschritt 1988 bis 1991, wo der Schluss gezogen wurde, dass die Armee mit konventionellen Hochleistungswaffen aufgerüstet werden muss, nicht mehr Gültigkeit beanspruchen können.

Die Schweiz ist im Vergleich mit dem übrigen Europa ein über-rüstetes Land, wenn man Zahlen der Mannschaftsbestände, Kampfpanzer, Schützenpanzer, Kampfflugzeuge und auch Artilleriegeschütze umsetzt auf die Fläche unseres Landes oder die Bevölkerungszahl. Bedenklich ist dies auch vor dem Hintergrund des Umbaus der Philosophie der schweizerischen Militärpolitik, die, was die Rüstung betrifft, von der Raumverteidigung weg zum Bewegungskrieg hin geht.

Die offiziellen Antworten auf die veränderte Bedrohungslage in Europa sind völlig ungenügend. Es reicht nicht aus, dass das Militärbudget auf dem hohen Niveau 1990/1991 eingefroren wird.

Was verlangt die Initiative? Gewünscht wird ein Rüstungsmoratorium für die Dauer von fünf Jahren. Die Rüstungsausgaben können im Bereich der Militärausgaben am raschesten

Parlamentarische Initiative (Hubacher) Rüstungsreferendum

Initiative parlementaire (Hubacher) Référendum en matière d'armement

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	13
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.225
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	12.12.1991 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2399-2401
Page	
Pagina	
Ref. No	20 020 698

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.